

Claus Vogt Marktkommentar - Ausgabe vom 18. November 2016

Neue Kaufsignale für Gold

- **Die Geldentwertung ist deutlich höher als die amtlichen Zahlen Ihnen vorgaukeln**
- **Kaufsignal des Gold-Preisbänder-Indikators gilt weiterhin**
- **Sentimentindikatoren fallen auf Kaufniveaus**
- **Hier ist meine Gold-Analyse für Sie**
- **Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen?**
- **Zwangsfiananzierung und Fehlkalkulation des längst überholten öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

Vor Geldwertverlusten schützt Sie Gold

Liebe Leser,

aufgrund der völlig unseriösen Geld- und Staatsschuldenpolitik, die nunmehr schon seit vielen Jahren und nahezu weltweit betrieben wird, halte ich den Kauf von Gold für ein absolutes Muss. Jeder Anleger, der sich und seine Familie vor den großen finanziellen Gefahren dieser kurzsichtigen und verantwortungslosen Politik schützen möchte, sollte einen nicht unerheblichen Teil seines Vermögens in Gold anlegen.

Eines hat die Geschichte nämlich immer wieder gezeigt: Der Wert Ihres Geldes ist in großer Gefahr, wenn Politiker bzw. ihre Zentralbankbürokraten die Macht haben, beliebige Mengen neuen Geldes aus dem Nichts zu schaffen. Und Gold bot in der Vergangenheit stets den besten Schutz vor Geldentwertung, das heißt vor der von Politikern und Zentralbankbürokraten betriebenen Reduzierung der Kaufkraft Ihres Geldes.

Die Geldentwertung ist deutlich höher als die amtlichen Zahlen Ihnen vorgaukeln

Der Kaufkraftschwund Ihres Geldes ist übrigens schon seit Jahren deutlich höher, als Ihnen die amtlichen Inflationszahlen weismachen wollen. In den vergangenen 30 Jahren wurde die amtliche Berechnungsmethode der Geldentwertung immer wieder verändert. Nun gibt es in den USA aber Analysten, die noch heute die Berechnungsmethode verwenden, die vor 1980 auch den amtlichen Zahlen zugrunde lag.

In der gerade erschienenen Monatsausgabe meines Börsenbriefes [Krisensicher Investieren](#) habe ich das wichtige Thema Geldentwertung ausführlich besprochen, auch im Hinblick auf den neuen US-Präsidenten Donald Trump. Dort können Sie sehen, wie stark die Abweichung zwischen den neuen offiziellen Inflationszahlen und den Werten ist, die sich nach der alten offiziellen Methode ergeben. Wahrscheinlich werden Sie staunen, wenn Sie die Ergebnisse seit 1980 sehen.

Kaufsignal des Gold-Preisbänder-Indikators hat Bestand

Wenn Sie meinen kostenlosen Marktkommentar in den vergangenen Monaten regelmäßig gelesen haben, dann kennen Sie meinen Gold-Preisbänder-Indikator und seine hervorragende Historie. Erstmals seit 2011 hat dieser mehrstufige Indikator Ende Mai dieses Jahres ein Kaufsignal gegeben. Wie erwartet kam es anschließend zu einem Anstieg des Goldpreises von knapp 15%, das Signal hat also die erwarteten guten Dienste geleistet.

Das nächste Kaufsignal in dieser noch jungen Goldhaube kam dann am 4. Oktober, nachdem der Goldpreis auf 1.269 \$ gefallen war. Danach ging es mit den Edelmetallpreisen noch etwas weiter nach unten. Mit einem aktuellen Kurs von 1.226 \$ pro Unze befindet sich der Goldpreis im Moment 3,4% tiefer als am Tag dieses Kaufsignals, in Euro gerechnet hingegen 1% höher. Dieses Kaufsignal hat bisher also noch nicht funktioniert. Da das Signal aber noch immer Bestand hat, ist es eindeutig zu früh, um von einem Fehlsignal zu sprechen, zumal es auch früher schon Signale gegeben hat, auf die nicht sofort ein Goldpreisanstieg folgte, die sich etwas später aber trotzdem als korrekt erwiesen haben. Dennoch hängt das aktuelle Kaufsignal jetzt gewissermaßen am seidenen Faden.

Goldpreis pro Unze in €, 2012 bis 2016



In Euro gemessen befindet sich der Goldpreis weiterhin in einem Aufwärtstrend. Dieser Chart zeigt keinerlei Schwächezeichen und signalisiert eine Fortsetzung der Goldhaube.
Quelle: StockCharts.com

Sie fragen sich zu Recht: Wird dieser Faden halten? Meiner Meinung nach ja, denn aus fundamentaler Sicht gibt es keinen Grund für fallende Edelmetallpreise. Schließlich steht die Rechnung für den geldpolitischen Irrsinn der vergangenen Jahre noch aus. Die meisten geldpolitischen Wirkungen stellen sich nämlich erst mit großer zeitlicher Verzögerung ein.

Und nach allem, was über Trumps angestrebte Wirtschaftspolitik bisher bekannt ist, dürfen Sie sich auch von ihm keine geld- und staatsverschuldungspolitische Wende zum Besseren erwarten, im Gegenteil. Seine bisherigen Absichtserklärungen deuten unmissverständlich auf mehr Staatsverschuldung und mehr Geldentwertung hin.

Sentimentindikatoren fallen auf Kaufniveau

Schließlich kommen inzwischen die ersten Kaufsignale der kurzfristig orientierten Goldindikatoren. So sind gleich zwei Sentimentindikatoren, die ich beide im aktuellen Wochenupdate meines Börsenbriefes [Krisensicher Investieren](#) bespreche, ohne Wenn und Aber auf Kaufniveaus gefallen. Sogar im Baissejahr 2015 kam es beim Goldpreis zu mehrwöchigen Kurserholungen, wenn diese Stimmungsindikatoren im Bereich der auch jetzt wieder erreichten Extremwerte notierten. Diese Entwicklung spricht dafür, dass sich das jüngste Kaufsignal meines Preisbänder-Indikators doch noch als Treffer erweisen wird.

Hier ist meine Gold-Analyse für Sie

Seit den US-Wahlen hat sich bei den Edelmetallen viel getan. Deshalb habe ich die am 15. November erschienene Monatsausgabe meines Börsenbriefes Krisensicher Investieren aus Platzgründen um eine zusätzliche Analyse zum Thema Gold ergänzt, in der ich die aktuelle Lage am Edelmetallmarkt sehr genau unter die Lupe nehme. [Bestellen Sie noch heute Krisensicher Investieren 30 Tage kostenlos, und Sie erhalten zusätzlich meine ausführliche aktuelle Gold-Analyse.](#)

Ich wünsche Ihnen ein geruhames Wochenende. Bis nächsten Freitag,

Ihr



Claus Vogt, Chefredakteur Krisensicher Investieren

P.S.: An den extrem überbewerteten Aktienmärkten zeigen sich neue Warnsignale. Seien Sie also auf der Hut.

[Schützen und mehren Sie Ihr Vermögen und testen Sie noch heute KRISENSICHER INVESTIEREN 30 Tage kostenlos.](#)

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefes Krisensicher Investieren.

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).

Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen? (18.11.2016)

Autor: Gotthilf Steuerzahler

Zwangsförderung und Fehlkalkulation des längst überholten öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Liebe Leserinnen und Leser,

die Einnahmen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks steigen Jahr für Jahr. Noch schneller steigt jedoch der Finanzbedarf, den die Rundfunkanstalten haben. Sie werden lernen müssen, sich ein wenig einzuschränken.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk finanziert sich bekanntlich durch Gelder, die zwangsweise bei der Bevölkerung eingetrieben werden. In früheren Zeiten war es die Rundfunkgebühr, die jedermann zahlen musste, der im Besitz eines Empfangsgeräts war. Auf die Nutzung des Empfangsgeräts kam es nicht an. Mit Beginn des Jahres 2013 trat ein neues Finanzierungssystem in Kraft. Nunmehr wird ein Rundfunkbeitrag in Höhe von derzeit 17,50 Euro im Monat von den Inhabern einer Wohnung oder Betriebsstätte erhoben, unabhängig davon, ob und wie viele Rundfunkgeräte vorhanden sind.

Begründet wurde die Reform der Rundfunkfinanzierung mit der technischen Entwicklung (Konvergenz der Medien). Daneben wurden aber noch weitere Ziele verfolgt. Durch eine lückenlose Erhebung des Rundfunkbeitrags sollten mehr Beitragsgerechtigkeit und eine Stabilisierung des Beitragsaufkommens erreicht werden. Zur effektiven Erfassung aller Beitragsschuldner wurde den Rundfunkanstalten erstmals das Recht auf einen umfassenden Datenabgleich mit den Einwohnermeldeämtern eingeräumt. Auf diese Weise sollten Beitragsschuldner identifiziert werden, die bislang ihrer Zahlungsverpflichtung nicht nachgekommen waren.

Den Rundfunkanstalten stehen jährlich rund neun Milliarden Euro zur Verfügung

Bei der Umstellung des Finanzierungssystems gingen die verantwortlichen Politiker davon aus, dass durch den Systemwechsel kein höheres Beitragsaufkommen erzielt werden würde. Es zeigte sich jedoch schnell, dass diese Annahme unzutreffend war. Die Zahl der erfassten Wohnungen erwies sich als wesentlich größer als erwartet (39 statt 35 Millionen), was zur Folge hatte, dass die Einnahmen deutlich anstiegen.

Diese Entwicklung veranlasste im Jahr 2015 die Politik, den Rundfunkbeitrag von 17,98 Euro auf den jetzt geltenden Betrag von 17,50 Euro zu senken. Für das Jahr 2016 wird mit einem Beitragsaufkommen von insgesamt rund 7,8 Milliarden Euro gerechnet. Hinzu kommen noch Erträge aus Werbung und Sponsoring in einer Größenordnung von über einer Milliarde Euro. Von weiter steigenden Einnahmen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in den nächsten Jahren kann ausgegangen werden.

Die Personalausgaben nehmen stetig zu

Trotz ihrer üppig sprudelnden Finanzquellen beklagen die Rundfunkanstalten, dass sie nicht auskömmlich finanziert seien. Für die Zukunft sei mit zunehmenden Belastungen zu rechnen. Nun verhält es sich so, dass sich die Aufwendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in den letzten Jahren nur moderat erhöht haben. Für die Zukunft sind jedoch tatsächlich größere Ausgabensteigerungen zu erwarten, wenn nicht gegengesteuert wird. Der Grund hierfür ist, dass die Personalausgaben der Rundfunkanstalten nach wie vor stetig zunehmen. Neben Gehaltserhöhungen aufgrund von Tarifvereinbarungen rückten in den letzten Jahren immer mehr Mitarbeiter in höhere Gehaltsgruppen vor. Mit einer Fortsetzung dieser Entwicklung muss gerechnet werden.

Die Pensionsrückstellungen müssen drastisch erhöht werden

Noch stärker nahmen die Aufwendungen für die Altersversorgung der Rundfunkmitarbeiter zu. Den Pensionsrückstellungen zur Absicherung der betrieblichen Rentenversicherung mussten große Beträge zugeführt werden. In Zukunft könnten diese Zuführungen erheblich ansteigen, denn bei den Pensionsverpflichtungen bestehen erhebliche stille Lasten. Diese ergeben sich aus den vorgesehenen regelmäßigen Erhöhungen sowie aus den gesunkenen Marktzinsen.

Vielfach wurden die Pensionsrückstellungen in den Bilanzen mit einem relativ hohen Zinssatz abgezinst, der sich aus dem Marktzins der letzten Jahre ergab. Sollte der Marktzins aufgrund der unverantwortlichen Entscheidungen der Europäischen Zentralbank auch zukünftig auf dem gegenwärtigen niedrigen Niveau verharren, müssten die Pensionsrückstellungen drastisch erhöht werden.

Die Rundfunkanstalten werden Sparmaßnahmen durchführen müssen

Es steht nicht zu erwarten, dass die Politik den weiter steigenden Finanzbedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einfach hinnehmen und darauf mit einer Beitragserhöhung reagieren wird. Vielmehr werden die Rundfunkanstalten gezwungen sein, umfassende Sparprogramme durchzuführen, um Einnahmen und Ausgaben ins Lot zu bringen. Die Verantwortlichen in den Anstalten haben erkannt, dass Handlungsbedarf bei den Personalausgaben und insbesondere bei der Altersversorgung der Mitarbeiter besteht. Neueingestellte Mitarbeiter müssen sich zukünftig mit der Aussicht auf eine weniger üppige Betriebsrente zufriedengeben.

Ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk überhaupt noch erforderlich?

Sparmaßnahmen werden jedoch allenfalls bewirken, dass die Rundfunkanstalten lernen, mit ihren wahrlich nicht geringen finanziellen Mitteln auszukommen wie andere Einrichtungen auch. Im Übrigen stellt sich die Frage, ob heutzutage ein breit aufgestellter öffentlich-rechtlicher Rundfunk zur Grundversorgung der Bevölkerung überhaupt noch erforderlich ist.

Angesichts der heutigen technischen Möglichkeiten wäre die Umstellung auf eine nutzungsabhängige Finanzierung ohne weiteres machbar. In Frage käme beispielsweise ein Subskriptionsmodell oder ein „Pay-per-View“-System. An eine grundlegende Reform der Rundfunkfinanzierung, liebe Leserinnen und Leser, wagen sich die politisch Verantwortlichen jedoch leider nicht heran, sagt bedauernd

Ihr

Gotthilf Steuerzahler

Dieser Text stammt aus dem kostenlosen Newsletter [Claus Vogt Marktkommentar](#).
Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel
Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs [Krisensicher Investieren](#).

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier"
und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).